

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16317
Dienstag, 28. Juni 2022

G7-Staaten vereinbaren 4,5 Mrd. Euro zur Ernährungssicherung	1
EU-Rat spricht sich für 40% Erneuerbaren-Anteil bis 2030 aus	2
Bund startet österreichweites Bioökonomie-Netzwerk	3
Ländlicher Raum und Landwirtschaft als Vorreiter der Energiewende	4
EU-Schlachtrindermarkt: Knappes Angebot lässt die Preise leicht steigen	6
Kartoffelmarkt: Ausreichendes Angebot aufgrund guter Erträge	6
Heftiger Hagel verwüstet Landwirtschaft in Oberösterreich erneut	7

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

G7-Staaten vereinbaren 4,5 Mrd. Euro zur Ernährungssicherung

Aufruf an Russlands Präsident Putin: Blockade der ukrainischen Häfen beenden

Elmau, 28. Juni 2022 (aiz.info). - Nach dreitägigen Beratungen haben die Staats- und Regierungschefs der sieben führenden westlichen Industriestaaten ihren Gipfel auf Schloss Elmau in Oberbayern am Dienstag beendet. Im Kampf gegen eine drohende Hungerkrise verpflichteten sich die G7-Staaten, weitere 4,5 Mrd. US-Dollar für die weltweite Ernährungssicherheit bereitzustellen. Die führenden demokratischen Wirtschaftsmächte riefen Russland am Dienstag bei ihrem Gipfel im bayerischen Schloss Elmau laut APA zudem auf, die Blockade der ukrainischen Häfen ohne Bedingungen zu beenden. Weizensilos und andere landwirtschaftliche Infrastruktur dürften nicht länger zerstört werden.

Am Montag hatte der deutsche Kanzler Olaf Scholz gesagt, die G7 bemühten sich, Getreideexporte aus dem Kriegsgebiet zu ermöglichen. Die Ukraine und Russland sind die größten Weizenexporteure weltweit. Normalerweise decken sie knapp ein Drittel des globalen Bedarfs. Weil Russland die ukrainischen Häfen blockiert, kann viel Getreide aber nicht exportiert werden. Geringere Mengen haben zudem zumindest zeitweise die Preise auf den Weltmärkten hochgetrieben. Länder in Afrika und Asien drohen deshalb unversorgt zu bleiben.

Das Welternährungsprogramm (WFP) der Vereinten Nationen geht davon aus, dass die Corona-Pandemie und der Krieg in der Ukraine die weltweite Hungerkrise auf extreme Weise verschärft haben. Aktuell leiden demnach 345 Mio. Menschen in 82 Ländern Hunger. Innerhalb von gut zwei Jahren habe sich die Zahl mehr als verdoppelt. Laut Experten droht die schlimmste humanitäre Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Als katastrophal gilt die Lage in Äthiopien, Nigeria, dem Südsudan, dem Jemen, Afghanistan und Somalia.

Ein hochrangiger US-Regierungsvertreter warf dem russischen Präsidenten Wladimir Putin vor, "Lebensmittel als Kriegswaffe" einzusetzen. Schätzungen gingen davon aus, dass bis zu 40 Mio. Menschen in diesem Jahr durch Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine in die Armut gedrängt werden könnten.

Von den Vereinigten Staaten kommen seinen Angaben zufolge mehr als die Hälfte der zugesagten Finanzhilfen. US-Präsident Joe Biden werde beim Gipfel 2,76 Mrd. US-Dollar (2,61 Mrd. Euro) an zusätzlichen Mitteln für die Bemühungen in über 47 Ländern und regionalen Organisationen zusagen. 2 Mrd. US-Dollar davon würden zur Rettung von Menschenleben durch direkte humanitäre Maßnahmen eingesetzt. 760 Mio. US-Dollar seien für nachhaltige kurz- und mittelfristige Nahrungsmittelhilfe vorgesehen.

Zur Gruppe der G7 gehören die USA, Deutschland, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan. Zudem war auch die EU mit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Ratspräsident Charles Michel vertreten. (Schluss)

EU-Rat spricht sich für 40% Erneuerbaren-Anteil bis 2030 aus

Wesentlicher Beitrag für Reduktion der Treibhausgasemissionen

Brüssel, 28. Juni 2022 (aiz.info). - Der EU-Rat hat seine Verhandlungspositionen zu der Erneuerbare-Energien-Richtlinie festgelegt und als verbindliches EU-weites Ziel einen Anteil von 40% an Energie aus erneuerbaren Quellen am Gesamtenergiemix vereinbart, der bis 2030 erreicht werden soll. Derzeit sind es mindestens 32%. Um das neue Ziel gemeinsam zu erreichen, müssen die Mitgliedstaaten die nationalen Beiträge in den integrierten nationalen Energie- und Klimaplänen (NEKP) erhöhen, die 2023 und 2024 zu aktualisieren sind. Die Einigung gibt nun den Weg für die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament frei.

"Energieerzeugung und -nutzung machen derzeit 75% der Treibhausgasemissionen in der EU aus. Die vereinbarten ehrgeizigeren Ziele sind ein wesentlicher Beitrag zur Verwirklichung des übergeordneten Ziels der EU, die Nettotreibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55% gegenüber dem Stand von 1990 zu senken", erklärte der Rat.

Zudem wurden ehrgeizigere sektorspezifische Ziele und Maßnahmen vereinbart, um die Integration erneuerbarer Energien in Sektoren voranzubringen, in denen dies bislang nur langsam geschehen ist. In Bezug auf die Teilziele für den Verkehrssektor hat der Rat den Mitgliedstaaten die Möglichkeit der Wahl eingeräumt, nämlich zwischen einem verbindlichen Ziel, die Treibhausgasintensität im Verkehrssektor bis 2030 um 13% zu verringern. Um dies zu erreichen, haben die Mitgliedstaaten mehrere Optionen, etwa die Möglichkeit, ein differenziertes Ziel für den Seeverkehr festzulegen, solange das Gesamtziel erreicht wird, oder einem verbindlichen Ziel von mindestens 29% des Endenergieverbrauchs im Verkehrssektor aus erneuerbaren Energien bis 2030.

Was den Anteil erneuerbarer Energien an der Versorgung des Verkehrssektors betrifft, so hat der Rat ein verbindliches Teilziel für fortgeschrittene Biokraftstoffe festgelegt: Ihr Anteil soll von 0,2% im Jahr 2022 auf 1% im Jahr 2025 und 4,4% im Jahr 2030 steigen und dies unter Einbeziehung einer Doppelzählung für diese Kraftstoffe. Bei den erneuerbaren Kraftstoffen nicht-biogenen Ursprungs im Verkehrssektor (meist erneuerbarer Wasserstoff und wasserstoffbasierte synthetische Brennstoffe) hat sich der Rat auf ein indikatives Teilziel von 2,6% geeinigt; dies entspricht 5,2%, ebenfalls unter Hinzufügung eines Multiplikators.

Für den Endenergieverbrauch im Seeverkehr hat der Rat eine Obergrenze eingeführt, die in die Berechnung der spezifischen Ziele für den Verkehrssektor einzubeziehen ist.

Der Rat hat außerdem beschlossen, die Ziele für erneuerbare Energien in der Wärme- und Kälteversorgung auf nationaler Ebene schrittweise anzuheben, nämlich - verbindlich - um 0,8% pro Jahr bis 2026 und anschließend, von 2026 bis 2030, um 1,1%. Der für alle Mitgliedstaaten geltende Mindestjahresdurchschnitt wird durch zusätzliche indikative Erhöhungen ergänzt, die für jeden Mitgliedstaat einzeln berechnet werden.

Als indikatives Ziel hat der Rat eine durchschnittliche Steigerung der Nutzung erneuerbarer Energien in der Industrie um 1,1% pro Jahr festgelegt. Der von ihr verwendete Wasserstoff soll bis 2030 zu 35% und bis 2035 zur Hälfte aus erneuerbaren Kraftstoffen nicht-biogenen Ursprungs stammen.

In Bezug auf Gebäude hat der Rat für 2030 einen Erneuerbare-Energien-Anteil von mindestens 49% als indikatives Ziel festgelegt.

Der Rat hat die Nachhaltigkeitskriterien für Biomasse verschärft, um dem Risiko einer nicht nachhaltigen Bioenergieerzeugung zu begegnen. Außerdem hat er Maßnahmen zur Eindämmung von Betrug in Bezug auf die Haltbarkeit von Biokraftstoffen hinzugefügt.

Im Einklang mit den Prioritäten, die die Kommission im Mai 2022 in ihrem REPowerEU-Plan vorgeschlagen hat, hat der Rat beschleunigte Genehmigungsverfahren für Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien vorgesehen. Ziel ist es, den Einsatz erneuerbarer Energien mit Blick auf den Plan der EU, angesichts der russischen Invasion in die Ukraine unabhängig von fossilen Brennstoffen aus Russland zu werden, schneller voranzubringen. (Schluss)

Bund startet österreichweites Bioökonomie-Netzwerk

Kreisläufe schließen sowie gemeinsame Projekte entlang der Wertschöpfungskette umsetzen

Wien, 28. Juni 2022 (aiz.info). - Mit der Genehmigung von "Bioeconomy Austria" legt der Österreichische Waldfonds das Fundament für einen nationalen Bioökonomie-Cluster. Dieses Leuchtturmprojekt der Bioökonomiestrategie des Bundes wird in den nächsten drei Jahren ein breit getragenes Netzwerk zur Förderung der regionalen Wirtschaft sowie der Zusammenarbeit entlang gemeinsamer Wertschöpfungsketten aufbauen. Der erste Schwerpunkt liegt auf dem Rohstoff Holz.

"Die Nutzung von Holz als Bau-, Werk- und Energiestoff ist eine wesentliche Säule eines biobasierten Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Holzverwendung im Sinne der Bioökonomie ist nicht nur ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz und sichert Arbeitsplätze, sondern trägt auch zu unserer Unabhängigkeit von fossilen Rohstoffen bei. In der holzbasierten Bioökonomie steckt noch sehr viel Potenzial, und das wollen wir jetzt ankurbeln. Mit dem Aufbau eines bundesweiten Bioökonomienetzwerkes leisten wir einen wesentlichen Beitrag dazu", skizziert Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** die Idee hinter der neuen Plattform.

"Klimakrise, Rohstoffengpässe und die Abhängigkeiten von fossilen Ressourcen zeigen, wie wichtig der zielgerichtete und nachhaltige Einsatz unserer regionalen Ressourcen ist. Das Netzwerk 'Bioeconomy Austria' wird die unterschiedlichen Ziele und Interessen der beteiligten Gruppen moderieren und tragfähige Lösungen für die Wirtschaft, den Klimaschutz, die Biodiversität und den Flächenverbrauch ermöglichen. Damit schaffen wir Versorgungssicherheit und nachhaltige Lebensbedingungen für kommende Generationen", führt Klimaministerin **Leonore Gewessler** aus.

Das Netzwerk (www.bioeconomy-austria.at) steht allen interessierten Organisationen offen. Initialpartner sind ecoplus, Niederösterreichs Wirtschaftsagentur (Projektleitung), Business Upper Austria, Innovation Salzburg, Holzcluster Steiermark, proHolz Tirol, Österreichische Energieagentur, Zentrum für Bioökonomie an der Universität für Bodenkultur Wien, BioBASE, Umweltbundesamt sowie das Ökosoziales Forum Österreich & Europa. (Schluss)

Ländlicher Raum und Landwirtschaft als Vorreiter der Energiewende

Erneuerbare Energiegemeinschaften lassen Landwirtschaft, Regionen und Umwelt profitieren

Wien, 28. Juni 2022 (aiz.info). - Mithilfe des 2021 beschlossenen Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes (EAG) wird erstmals die Gründung von Erneuerbaren Energiegemeinschaften (EEG) ermöglicht. Von diesen Gemeinschaften können ländliche Regionen, landwirtschaftliche Betriebe und ganze Ortschaften profitieren, erklärt der Verein "Wirtschaften am Land".

Erneuerbare Energiegemeinschaften ermöglichen den Zusammenschluss von Bürgern, öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen (KMU) zum Zweck von Erzeugung, Verbrauch, Speicherung und Verkauf erneuerbarer Energie innerhalb der Gemeinschaft. Das alles geschieht auf lokaler Ebene: Der Strom kommt vom Windrad ums Eck, von der hauseigenen Photovoltaikanlage oder vom Dach der Schule. Alle Teilnehmer der Energiegemeinschaft nutzen und tauschen so gemeinsam den Strom.

Das EAG als Basis dessen zielt darauf ab, die Energieversorgung zu dezentralisieren, den Ausbau erneuerbarer Energieträger anzukurbeln und den Bürger aktiv ins Zentrum der Energiewende zu stellen. Für die Gründung von Erneuerbaren Energiegemeinschaften sind dabei drei Voraussetzungen zu erfüllen: Die Energiegemeinschaft muss eine eigene Rechtspersönlichkeit sein (z. B. Genossenschaft, Verein). Es dürfen keine großen Unternehmen oder Energieversorgungsunternehmen daran teilnehmen. Alle Mitglieder und Anlagen müssen im Niederspannungsbereich eines Netzbetreibers verbunden sein. Dies bedeutet, dass alle an einem gemeinsamen Umspannwerk hängen müssen.

Im Vergleich zu früheren gesetzlichen Rahmenbedingungen, die eine gemeinschaftliche Energieerzeugung auf nur einem Grundstück ermöglichten, gehen Erneuerbare Energiegemeinschaften deutlich weiter. So können sich beispielsweise Nachbarschaften bis hin zu ganzen Ortsteilen zu einer solchen Energiegemeinschaft zusammenschließen. Ein wichtiger Schritt ist die gesetzliche Verpflichtung der Netzbetreiber, den Energiegemeinschaften das vorhandene Stromnetz zur Verfügung zu stellen.

Lösungsansatz für angespannte Lage in der Energieversorgung

Führt man sich die aktuelle wirtschaftliche Situation mit enorm gestiegenen Energiepreisen vor Augen, ist ein Lösungsweg aus der Energieabhängigkeit jener in Richtung Erneuerbarer. Energiegemeinschaften bieten die Möglichkeit, lokal günstigen Strom zu produzieren und vor Ort zu verbrauchen. Dadurch können stabile und leistbare Energiepreise gewährleistet und eine dauerhafte Versorgungssicherheit innerhalb von Regionen und Gemeinden geschaffen werden.

Genossenschaften als Treiber der Energiewende

Die einfachen Ein- und Austrittsmöglichkeiten sowie die Rechts-, Wirtschafts- und Steuerberatung der Revisionsverbände machen die Genossenschaft zur attraktiven Option für Erneuerbare Energiegemeinschaften, betont "Wirtschaften am Land". Bereits im Dezember 2021 wurde die Energiegenossenschaft "Elsbeere Wienerwald eG" beim Raiffeisen-Revisionsverband Niederösterreich-Wien gegründet. Auch für schon bestehende Genossenschaften bietet sich die Möglichkeit zur Erweiterung. Aber nicht immer kommen Genossenschaften infrage: Bei sehr kleinen Projekten werden auch Vereine in Erwägung gezogen.

Landwirtschaft und Gemeinden als wichtige Partner

Mit der Möglichkeit der Gründung Erneuerbarer Energiegemeinschaften können vor allem Menschen in ländlichen Regionen verstärkt zur Umsetzung einer eigenständigen, unabhängigen und nachhaltigen Energieversorgung motiviert werden. Gerade in peripheren Regionen kann die Nutzung von Photovoltaik auf Hallen-, Fabrik- und auch Hausdächern dafür sorgen, sauberen Sonnenstrom zu produzieren und die Energieversorgung vielfältiger zu gestalten. Daneben können auch bereits vorhandene Anlagen, wie etwa mit Biomasse betriebene Kraft-Wärme-Kopplungs-(KWK)-Anlagen oder kleine Wasser- und Windkraftwerke, in die Energiegemeinschaft eingegliedert werden. Gerade für Gemeinden bietet sich laut "Wirtschaften am Land" die Möglichkeit einer aktiven Teilnahme an der Erneuerbaren Energiegemeinschaft.

Neben dem positiven Beitrag für die Energiewende profitieren die Beteiligten auch wirtschaftlich durch attraktive rechtliche Rahmenbedingungen, wie etwa durch reduzierte Netzgebühren oder die Befreiung von Elektrizitätsabgaben. Energiegemeinschaften bringen somit ökologische, ökonomische und nicht zuletzt auch soziale Vorteile mit sich - für Umwelt, Wirtschaft und Mensch.

Landwirte als Energiewirte

Eine besondere Rolle kommt dem landwirtschaftlichen Bereich zugute: Landwirte können mithilfe von Energiegemeinschaften nun zu Energiewirten werden. "Die Acker- und Grünlandflächen landwirtschaftlicher Betriebe garantierten uns die Versorgung mit Lebens- und Futtermitteln. In Kombination mit dem Projekt 'Energiezelle Bauernhof' nehmen unsere heimischen Familienbetriebe eine Schlüsselrolle in der ländlichen Energieversorgung ein. So werden die Ressourcen auf dem eigenen Hof genutzt. Neben der Erzeugung des eigenen Strombedarfs für Haus, Hof und Stall kann Strom in Form von Übermengen regional eingespeist und verwertet werden. Auf derselben Grundfläche können nun nicht nur Nutztiere gehalten oder Maschinen abgestellt, sondern auf den Stall- und Hallendächern auch mehr Energie erzeugt werden als selbst verbraucht wird. Der Landwirt kann damit die Rolle des Energiewirts für die Region einnehmen", betont Obmann **Josef Plank**. "So verkürzen wir die Wege vom Erzeuger zum Verbraucher und auch die Abhängigkeiten von Stromimporten aus dem Ausland werden geringer - eine Win-win- Situation für alle." (Schluss)

EU-Schlachtrindermarkt: Knappes Angebot lässt die Preise leicht steigen

Österreich: Notierungen in fast allen Kategorien im Plus

Wien, 28. Juni 2022 (aiz.info). - Europaweit befinden sich die Schlachtrindermärkte wieder leicht im Aufwind, vor allem deshalb, weil das Angebot teilweise deutlich zurückgegangen ist. Die Stückzahlen der zur Vermarktung anstehenden Rinder gestalten sich etwas verhalten, dies führt in Deutschland bei allen Kategorien zu weiteren Aufschlägen. Mittelfristig dürfte die Nachfrage durch die warme Witterung begrenzt sein und es wird zu einer Stabilisierung am Schlachtrindermarkt kommen, erklärt die Rinderbörse.

In Österreich ist das Angebot bei Jungstieren rückläufig. In den letzten Wochen ist eine weitgehende Markträumung bei Jungstieren gelungen. Die Preise ziehen an. Der Stierpreis wurde für die nächsten beiden Wochen fixiert. Auch im weiblichen Bereich, vor allem bei Kühen, herrscht derzeit ein sehr knappes Angebot. Besonders in den westlichen Bundesländern sind jahreszeitlich bedingt sehr wenige Schlachtkühe zur Vermarktung angemeldet. Auch hier hat sich die Exportsituation wieder verbessert, die Mengen fließen problemlos ab und die Preise notieren nach oben. Auch bei Schlachtkalbinnen sind die Preise aufgrund der verbesserten Nachfrage im Außer-Haus-Verzehr und im Export Richtung Italien in der aktuellen Woche steigend. Bei Schlachtkälbern herrscht eine stabile Marktsituation.

Die Österreichische Rinderbörse rechnet diese Woche bei der Vermarktung von Jungstieren der Handelsklasse R2/3 mit einem Preis von 4,22 Euro/kg Schlachtgewicht. Für Kalbinnen werden 3,90 Euro/kg erwartet. Die Notierung für Schlachtkühe liegt bei 3,58 Euro, bei Schlachtkälbern bleiben die Erlöse mit 5,85 Euro unverändert. Die angegebenen Basispreise sind Bauernauszahlungspreise ohne Berücksichtigung von Qualitäts- und Mengenzuschlägen. (Schluss)

Kartoffelmarkt: Ausreichendes Angebot aufgrund guter Erträge

Inlandsabsatz der Heurigen unter den Erwartungen

Wien, 28. Juni 2022 (aiz.info). - Der österreichische Frühkartoffelmarkt zeigt sich gut versorgt. In allen Landesteilen schreiten die Rodearbeiten mehr oder weniger zügig voran. Die Hektarerträge sind zwar regional unterschiedlich, dennoch werden vielerorts gute bis sehr gute Erträge gemeldet, berichtet die Interessengemeinschaft Erdäpfelbau. Dazu beigetragen hat die feuchtwarme Witterung der letzten Wochen. Angesichts des reichlichen Angebots und dem steigenden Anteil an Übergrößen rät die Interessengemeinschaft Erdäpfelbau dringend zur Reifeförderung. Der Inlandsabsatz der Heurigen im heimischen Lebensmitteleinzelhandel (LEH) bleibt weiter hinter den Erwartungen zurück. Zudem gibt es immer noch die eine oder andere Partie an alterntiger Ware, die im LEH zum Verkauf angeboten wird. Die Erzeugerpreise sind angebotsbedingt entsprechend unter Druck. In Niederösterreich und im Burgenland wurden zu Wochenbeginn meist 22 bis 25 Euro/100 kg bezahlt. In der Steiermark und in Oberösterreich lagen die Preise zuletzt noch bei 35 Euro/100 kg.

Am deutschen Speisekartoffelmarkt neigen sich die Verkäufe von alterntiger Ware nun langsam dem Ende zu. Noch aber sind Restbestände in durchaus guter Qualität vorhanden. Der Fokus des LEH richtet sich momentan auf importierte Frühkartoffeln. Marktteilnehmer berichten von einem guten

Angebot an Importen aus Ägypten und Israel. Aber auch spanische Ware ist weiterhin am Markt, wobei sich das Angebot aus Spanien durch die dortige Hitzewelle zuletzt schon deutlich reduziert hat. Die deutsche Frühkartoffelernte hat zuletzt ebenfalls an Fahrt aufgenommen. Derzeit handelt es sich dabei aber meist noch um losschalige Ware, die vorwiegend über Groß- und Wochenmärkte vermarktet wird. Das Angebot an festschaligen Frühkartoffeln bleibt noch recht überschaubar, die Preise konnten sich entsprechend behaupten. Der Erzeugerpreis für festschalige deutsche Frühkartoffeln lag zu Wochenbeginn bei 48 bis 50 Euro/100 kg. (Schluss)

Heftiger Hagel verwüstet Landwirtschaft in Oberösterreich erneut

6,5 Mio. Euro Gesamtschaden auf 16.000 ha Agrarflächen

Linz, 28. Juni 2022 (aiz.info). - Die für den gestrigen Siebenschläfertag über Oberösterreich prognostizierten Unwetter sind Wirklichkeit geworden. Starkniederschläge, Sturm und stellenweise golfballgroße Hagelschloßen haben ein weiteres Mal die Landwirtschaft getroffen und insbesondere in den Bezirken Kirchdorf, Steyr, Linz, Urfahr, Freistadt und Berg auf einer Fläche von rund 16.000 ha Ackerkulturen, Äpfel und das Grünland massiv geschädigt. "Unsere Landwirte haben es aufgrund der zunehmenden Wetterextreme - bedingt durch den Klimawandel - immer schwerer. Erst vor einer Woche wurde die Landwirtschaft in Oberösterreich von schweren Unwettern heimgesucht. Nun wurde sie erneut geschädigt. Nach ersten Erhebungen durch die Sachverständigen der Österreichischen Hagelversicherung ist durch das gestrige Ereignis mit einem Gesamtschaden von 6,5 Mio. Euro zu rechnen. Die Schadenserhebung beginnt unverzüglich, um eine rasche Abwicklung der Schadensfälle zu gewährleisten", so **Mario Winkler**, Pressesprecher der Österreichischen Hagelversicherung, in einer ersten Bilanz. Betroffene Landwirte sollen ihre Schäden online unter www.hagel.at bekannt geben. (Schluss)